

AfD verhilft Koalition zur Mehrheit



Die Trasse der Jülicher Kreisbahn (hier vor Koslar unter der Autobahnbrücke) ist nach wie vor gewidmet und könnte für die Revierbahn West reaktiviert werden. Foto: Burkhard Giesen

BURKHARD GIESEN

Der vermeintliche Kompromissvorschlag von CDU und UWG zur umstrittenen Trassenführung der Revierbahn West von Aachen bis Jülich und Bedburg trifft selbst bei der CDU auf wenig Gegenliebe.

JÜLICH Eine stabile Mehrheit sollte es werden, eine Mehrheit aus CDU und UWG-Jül, die als Koalition im Stadtrat Entscheidungen „sachorientiert und lösungsbezogen“ treffen wollte und eigens geregelt hat, wie Entscheidungen „grundsätzlich im Konsens“ getroffen werden können. Dieses Ende Januar beschlossene Konstrukt hat am Donnerstag beim Thema Revierbahn West in der Ratssitzung deutliche Risse bekommen. Am Ende konnte ein Antrag von CDU und UWG-Jül nur mit den Stimmen der AfD-Fraktion eine Mehrheit finden. Die CDU hingegen stimmte mehrheitlich gegen den eigenen Antrag.

Die Revierbahn West von Aachen über Jülich nach Bedburg soll als Strukturwandelprojekt wichtige Wohn- und Arbeitsstandorte miteinander verbinden. Deswegen war aus Jülicher Sicht stets die Anbindung des Brainergy-Parks an die Schiene von besonderer Bedeutung. Mit einer Machbarkeitsstudie hatte der Verkehrsverbund Go.Rheinland mehrere Trassenführungen identifiziert. Im ersten Abschnitt zwischen Aachen und Jülich gab es dabei zwei unterschiedliche Ansätze: eine schnelle Verbindung

zwischen den Forschungsstandorten über Aldenhoven sowie eine Trasse über Siersdorf, Baesweiler und Koslar, um möglichst viele Anlieger einzubinden. Die Verwaltung hatte sehr eindeutig die schnelle Variante über Aldenhoven bevorzugt und das auch gleichlautend mit den Nachbarkommunen abgestimmt. SPD und Grüne hatten sich im Fachausschuss ebenfalls für diese Position ausgesprochen, die CDU und vor allem die UWG-Jül wollten dem nicht folgen, weil bei der alternativen Routenführung die Trasse in großen Teilen bereits vorhanden ist oder Grundstücke noch dementsprechend gewidmet sind und deswegen potenziell schneller umgesetzt werden könnte.

Weil sich die Fraktionen weder im Fachausschuss noch in einer eigens einberufenen Fraktionsrunde auf eine gemeinsame Stellungnahme einigen konnten, legte die Koalition dann einen Tag vor der Ratssitzung einen neuen Vorschlag vor: Statt eine der beiden Routen zu favorisieren, sollte die Stadt sich dafür aussprechen, beide Trassenvarianten „gleichrangig und ohne Priorisierung“ zu behandeln und „für die weitere Untersuchung zur Umsetzung vorzuschlagen“. So argumentierte im Rat auch UWG-Fraktionsvorsitzender Heinz Frey, der von einem Kompromissvorschlag sprach, der „Schnelligkeit und Regionalität gleichberechtigt“ verbinden würde.

Dem mochten allerdings weder Grüne noch die SPD folgen. „Wir stimmen für die Verwaltungsvorlage“, erklärte Christine Klein von den Grünen und warf der UWG-Jül „eine völlig fehlende Kompromissbereitschaft“ bei dem Thema vor. Für die AfD-Fraktion verwies Andreas Janssen auf „grobe handwerkliche Mängel“ der Machbarkeitsstudie. Sein grundsätzliches Argument ähnelte dem der UWG: „Ob die schnellere Trasse wirklich die bessere ist, ist nicht gesagt, wenn sie später nicht umgesetzt werden kann.“

Für den Vorschlag der Koalition gab es letztlich 16 Stimmen, dagegen votierten 13 Ratsmitglieder, bei drei Enthaltungen. Die Koalition selbst verfügt eigentlich inklusive des FDP-Vertreters über 21 Stimmen, es fehlten allerdings vier CDU-Ratsmitglieder und ein UWG-Vertreter. Für den Kompromiss stimmten neben dem Bürgermeister aber nur zehn Ratsvertreter der Koalition. Das bedeutet: Nur zwei der acht anwesenden CDU-Ratsherren stimmten für den eigenen Antrag. Eine stabile Mehrheit sieht anders aus. Für die sorgte letztlich die AfD, die mit fünf Mitgliedern geschlossen für den Antrag votierte.

Einstimmig beschlossen wurde die Trasse über Titz nach Bedburg, ebenso der Vorschlag, im Bereich Kirchberg/Bourheim einen Haltepunkt plus Park-and-Ride-Parkplatz in die weiteren Planungen einzubeziehen.